

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erstausgabe: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstiger irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchl. M 310 Milliarden bei freier Zustellung; bei Abholung wöchl. M 300 Milliarden; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) M —.15, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M —.10. Amtliche Zeile M —.45 und M —.30; Reklame M —.40. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlungstag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Das Blatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörn, Breinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Jug. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 141.

Dienstag, den 27. November 1923.

75. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Für die Zeit vom 25. November bis zum 1. Dezember sind die in der zweiten Septemberhälfte 1923 in Geltung gewesenen Ermäßigungsätze beim Steuerabzug vom Arbeitslohn mit 700 000 zu vervielfachen.

Finanzamt Ramez, den 24. November 1923.

Die von dem Stadtrate und der Stadtkasse zu Pulsnitz ausgebenen

Notsschecks vom 15. Oktober 1923

lautend über je 10, 20 und 50 Milliarden Mark — Reihe A, B und C je Nr. 1. bis 2000 — werden hiermit

zur Rückzahlung bis zum 15. Dezember 1923 aufgerufen.

Pulsnitz, am 27. November 1923.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste.

Nachdem der Versuch des Reichstagsabgeordneten von Kardorff, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gescheitert ist, beauftragte der Reichspräsident den Reichsminister a. D. Albert damit.
Die jetzt geltenden Postgebühren erfahren ab gestern Montag eine Vervielfachung.
Die Spitzenorganisationen der Beamten haben beschlossen, Schritte zur Aufhebung der Verordnung über den Personalabbau zu unternehmen und eine gesetzliche Regelung zu verlangen.
Als Nachfolger Hovenhans ist jetzt Reichsfinanzkommissar Dr. Schacht in sicherer Aussicht genommen.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Der letzte Sonntag im Kirchenjahr der Totensonntag.) Ist dem Andenken unserer Toten gewidmet. Und darum zog am Sonntag gar viele hin zur Stätte, da ihre Lieben schlummern zu ewigem Leben. An ihren Gräbern wurde kurze Andacht gehalten und man erinnerte sich im Geiste der frohen und trüben Zeiten, die man mit dem Hingegangenen verlebt hatte. Dankbare Hände schmückten die Hübskheiten mit Blumen und dunklem Grün. Die Gottesdienste am Totensonntag vorm. 9 Uhr und nachm. 5 Uhr waren so stark besucht wie zu Feiertagszeiten. In diesen Feiertagen wurde den Andächtigen durch Wort und Gesang die Vergänglichkeit alles Irdischen vor Augen geführt und hingewiesen wurde auf den, der den Tod überwunden, unsern Herrn und Heiland Jesus Christus. Herr Pfarrer Schulze predigt im Hauptgottesdienst über das Thema: Hebr. 13, 14: Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir, und Herr Pfarrer Semm im nachm. Gottesdienst über das Thema: Joh. 16, 21: Ueber die christliche Gewißheit dem Tode und den Toten gegenüber. — Sie sind nicht tot, die dahin gehen, ihr Ewiges lebt, und es lebt auch in uns fort, wie der deutsche Dichter Hebel diesen Gedanken so schön ausdrückt: — „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt. — Ist ja nicht tot, er ist nur fern. — Tot nur ist, wer vergessen wird.“

Pulsnitz. (Der f. Volksbildung.) Wolfgang Schumann, Dresden, spricht schon am nächsten Freitag, d. 30., über „Wesen u. Bedeutung der politischen Parteien“ (nicht Montag, 3. Dez.)

— (Die Gültigkeit der Reichsbahn-Not- und Gutscheine.) Die von der Deutschen Reichsbahn zur Linderung der Bargeldmangelnot eingeführten allgemeinen Notgeldscheine werden, wie nochmals hervorgehoben sei, an allen Kassen der Deutschen Reichsbahn und der Postanstalten wie gesetzliche Zahlungsmittel angenommen. Auch die Reichsbankanstalten sind vom Reichsbankdirektorium ermächtigt, die Scheine als Zahlungsmittel anzunehmen. Dagegen muß der Geltungsbereich der von einzelnen Reichsbahndirektionen herausgegebenen Gutscheine zur Vermeidung einer gesteigerten Unsicherheit im Geldverkehr auf die Bezirke der Reichsbahndirektionen, die die Scheine ausgegeben haben, beschränkt bleiben.

— (Neue Erhöhung der Postgebühren.) Vom 26. d. M. an wurden die Postgebühren im In- und Auslandsverkehr sowie die Nebengebühren gegen die bis dahin geltenden Sätze vervierfacht. Es beträgt also die Gebühr für den einfachen Fernbrief 80, für die einfache Postkarte 40, für die Druckache 16 Milliarden Mark. — Aus Anlaß der Ver-

Schwere Kabinettsbildung.

Der frühere Reichsminister Albert mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Berlin, 25. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem der Versuch des Reichstagsabgeordneten v. Kardorff, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gestern gescheitert ist, hat der Reichspräsident im Laufe des heutigen Tages mit den Reichsministern Dr. Jarres, Dr. Brauns und Dr. Geizer die Frage der Kabinettsbildung besprochen. Die Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß zur Zeit die Bildung einer Koalitionsregierung keine Aussicht auf Erfolg bietet. Der Reichspräsident hat deshalb am Nachmittag an den früheren Reichsminister Albert folgendes Schreiben gerichtet: „Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurückstellung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeit unseres Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihr vaterländisches Pflichtgefühl, Ihre mir geäußerten und auch von mir anerkannten Bedenken zurückzusetzen und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen. Für eine umgehende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar.“ Anschließend hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Reichsminister Albert, der in deren Verlauf den Auftrag zur Kabinettsbildung übernahm.

Der Reichspräsident und die Reichskanzlerfrage.

Berlin, 27. November. Der „Berl. Lokalanz.“ erklärt: In parlamentarischen Kreisen hat man gestern abend mitgeteilt, daß sich die Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, die Herren Dr. Schulz und Marx beim Reichspräsidenten für gestern angemeldet hatten, um im Namen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mitzutreten, daß ein Kabinett Albert bei dieser kein Vertrauen finden würde. Der Reichspräsident soll den Empfang der beiden Parteiführer mit der Motivierung abgelehnt haben, er will keine Mittellung darüber entgegennehmen, wie sich Fraktionen des Reichstages zu dem Kabinett Albert stellen. Diese Haltung Eberts hat bis in die demokratischen Kreise hinein bestrebend gewirkt. Weiter schreibt dasselbe Blatt: Sollte sich, wofür alle Wahrscheinlichkeit spricht, aus den heutigen Besprechungen mit den Parteien die Tatsache herausstellen, daß ein Kabinett, das arbeitsfähig ist, ohne weiteres gebildet werden kann, zweifelt man nicht daran, daß Herr Ebert von seinem Irrtum (beiz. die Notwendigkeit eines überparteilichen Kabinetts) zurückkommen wird, wenn, wie es heißt, Reichspräsident Ebert heute den Empfang der beiden Parteiführer Schulz und Marx

hoch noch vornehmen sollte, so wird man dafür wohl ein erstes Zeichen dafür zu begrüßen haben, daß sich Reichspräsident Ebert aus der unhaltbaren Stellung, in die er sich hat hinein mandrieren lassen, wieder herausfindet.

Die Deutschnationalen gegen Albert und für eine nationale Regierung.

Berlin, 26. Nov. Die Pressestelle der deutsch-nationalen Volkspartei teilt mit: Die Mitteilung einer rechtsstehenden Zeitung, daß Reichspräsident Ebert an den Abgeordneten Hergt mit dem Auftrage der Kabinettsbildung herantreten sei, ist nicht zutreffend. Der Reichspräsident hat vielmehr, entgegen dem parlamentarischen Brauche sich an die deutsch-nationale Volkspartei als eine der Oppositionsparteien, die das Kabinett stützen, nicht mit einem solchen Auftrage gewandt. Der von ihm beauftragte Dr. Albert hat, wie bei den beiden anderen Parteien, so auch bei der deutsch-nationalen Volkspartei keine Zustimmung gefunden. Das Ziel der deutsch-nationalen Volkspartei bleibt nach wie vor die Bildung einer ausgesprochen nationalen Regierung. Zurzeit finden inoffizielle Besprechungen zwischen den Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der bayerischen Volkspartei statt, in diesem Sinne eine Regierung zu bilden.

Auf dem Wege zu einer nationalen Regierung?

Berlin, 26. Nov. In später Abendstunde tagten im Reichstage noch die Deutschnationalen. Sie erklärten, wie aus führenden Kreisen der Partei mitgeteilt wird, ein Kabinett Dr. Albert für unmöglich und stellten fest, daß schon am Freitag sämtliche bürgerlichen Parteien eine Berufung Dr. Alberts zum Reichskanzler abgelehnt hätten. Dies sei auch dem Reichspräsidenten mitgeteilt worden. Trotzdem habe er Dr. Albert den vorläufigen Auftrag zur Kabinettsbildung gegeben. Wie von deutsch-nationaler Seite bereits mitgeteilt ist, finden in der Richtung, eine nationale Regierung zu bilden, bereits Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der bayerischen Volkspartei statt. Das Zentrum hat bei diesen Besprechungen, wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, einige Bedingungen aufgestellt, darunter die, daß eine Aenderung der Koalition in Preußen aus dem Spiele bleibe und endlich, daß man die rheinische Streitfrage durch das Abkommen mit der Milum als erledigt ansehe. Die Mitglieder der deutschen Volkspartei waren gleichfalls noch spät abends versammelt und erwarteten die Rückkehr ihres noch immer durch Besprechungen abgehaltenen Führers Dr. Schulz, um einen Bericht über die Lage entgegen zu nehmen.

Fühlungnahme Dr. Alberts mit Herren der zurückgetretenen Regierung.

Berlin, 27. Nov. Es wird gehofft, daß das neue Kabinett im Laufe des heutigen Tages zustande kommt. Die besürchtesten Schwierigkeiten für die Neubildung eines Kabinetts, das sich auf eine Reichstagsmehrheit stützen soll, sind eingetreten. Es ist das Wort geprägt worden: „Wenn der liebe Gott vom Himmel stiege, um ein neues Ministerium zu schaffen, so würden auch gegen ihn Bedenken erhoben werden. Man würde sagen, er stehe dem Zentrum zu nahe.“